



„Gegen den Raubzug auf die Taschen des Volkes“

Der Austritt der KPÖ aus der Figl-Regierung im November 1947

MANFRED MUGRAUER

Vor 75 Jahren, im November 1947, schied die KPÖ aus der österreichischen Bundesregierung aus, der sie seit dem April 1945 – als Gründerpartei der Zweiten Republik – angehört hatte. Zunächst neben ÖVP und SPÖ drittelparitätlich an der Provisorischen Regierung Renner beteiligt, war sie in der im Dezember 1945 von Leopold Figl (ÖVP) gebildeten Konzentrationsregierung mit nur noch einem Minister vertreten. Für die Entscheidung, trotz des ernüchternden Wahlergebnisses vom November 1945 in die Regierung Figl-Schärf einzutreten, waren sowohl taktische Erwägungen als auch grundsätzliche Faktoren ausschlaggebend. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte die Überlegung, sich nicht vom politischen Geschehen ausschließen lassen zu wollen und der Gefahr einer politischen Isolierung zu entgehen. Einem späteren Regierungsaustritt wurde gegenüber dem völligen Fernbleiben von der Regierungsverantwortung eine größere Wirkung beigemessen.¹ In den folgenden beiden Jahren lavierte die KPÖ zwischen Regierung und Opposition. Sie versuchte auf der einen Seite ihr Image als „konstruktive Staatspartei“ zu wahren, auf der anderen Seite setzte sie verstärkt auf Konfrontation mit ÖVP und SPÖ, die die Weichen in Richtung Westorientierung und kapitalistische Restauration stellten.

Neuwahlkampagne

Einen ersten Höhepunkt der kommunistischen Kampagne gegen die Regierung Figl-Schärf stellte die im November 1946 erhobene Forderung nach Neuwahlen dar. Um dieser Forderung größeren Nachdruck zu verleihen, setzte die KPÖ verstärkt auf außerparlamentarische Aktionen, die an die miserable wirtschaftliche Situation und die soziale Lage der Bevölkerung anknüpften. Die Steigerung der Proteste zu einer Massenbewegung wurde zum wichtigsten politischen Ziel der Partei. Als Höhepunkt dieser Mobili-

sierung war der Austritt aus der Regierung geplant. Der günstigste Zeitpunkt für einen solchen Schritt sollte erst gefunden werden, als Neuwahltermin wurde jedoch bereits das Frühjahr 1947 angepeilt. Die strategische Perspektive dieser Orientierung bestand darin, mittels Neuwahlen eine stärkere Vertretung der Partei in einer neuen Regierung zu erreichen, um gemeinsam mit der SPÖ eine Mehrheit der beiden ArbeiterInnenparteien gegen die ÖVP zu erreichen. Es ging zu diesem Zeitpunkt also nicht darum, als mandatsstärkere Oppositionspartei aus Neuwahlen hervorzugehen, sondern darum, den politischen Einfluss der KPÖ in der Regierung zu stärken.

Zwischen Herbst 1946 und Jänner 1947 mehrten sich im Zentralkomitee der KPÖ die Stimmen, die einen sofortigen Austritt aus der Regierung favorisierten, darunter der Wiener Landesobmann Josef Lauscher, der steiermärkische Landtagsabgeordnete Ditto Pölzl, der Chefredakteur der Parteizeitung der KPÖ Steiermark Willy Scholz und die oberösterreichische Landesorganisation. Als Hauptargumente führten sie diesbezügliche Stimmungen an der Parteibasis und die Befürchtung ins Treffen, dass die Mitverantwortung für die als reaktionär kritisierte Regierungspolitik die Entfaltung von sozialökonomischen Massenbewegungen hemme.² Das wichtigste Argument, warum solche auf einen Regierungsaustritt abzielenden Stimmen letztlich in der Minderheit blieben, war jenes des Generalsekretärs Friedl Fürnberg, wonach das Ausscheiden aus der Regierung zu einer Stärkung des kommunistischen Einflusses führen müsse, wozu Neuwahlen notwendig seien, und nicht zu einer Schwächung der – ohnehin bescheidenen – kommunistischen Machtposition.³ Anfang 1947 trat die Option eines Regierungsaustritts für die KPÖ vorübergehend in den Hintergrund, weil die Partei angesichts der anlaufenden Staatsvertragsverhandlungen in London

und Moskau dem Vorwurf ausweichen wollte, sie erschwere die für Österreich wichtigen Verhandlungen.

Erster Höhepunkt der kommunistischen Orientierung auf einen Generalstreik war die Demonstration auf dem Wiener Ballhausplatz am 5. Mai 1947. Diese stellte zwar die erste große Massenkundgebung der Zweiten Republik dar, sie machte jedoch deutlich, dass man von einer einheitlichen Massenaktion zur Erzwingung von Neuwahlen nach wie vor weit entfernt war.⁴ Auch die Gespräche, die im Mai und Juni dieses Jahres zwischen Ernst Fischer und führenden ÖVP-Politikern stattfanden, führten weder zu Neuwahlen noch zu einer Umbildung der Regierung im Sinne der KPÖ. Die „Figl-Fischerei“ brachte keine innenpolitische Wende zur Stärkung der Partei, vielmehr wurde die KPÖ durch die Skandalisierung der Verhandlungen weiter in die Isolation gedrängt.⁵ Die kurz darauf vom Ministerrat beschlossene Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan machte deutlich, dass für die KPÖ keinerlei Möglichkeiten mehr bestanden, grundsätzliche Einwände gegen die außenpolitische Orientierung der beiden anderen Regierungsparteien vorzubringen.⁶ Es dauerte schließlich noch etwas mehr als fünf Monate, bis die Konzentrationsregierung auch formal zerbrach und die KPÖ im November 1947 infolge ihrer Kritik an der Währungsreform aus der Regierung austrat.

Weltpolitische Polarisierung

Die innenpolitische Zuspitzung im Verlauf des Jahres 1947 entsprach der weltpolitischen Entwicklung, die ganz im Zeichen wachsender Ost-West-Spannungen und der beginnenden Blockbildung stand. Im März 1947 hatte US-Präsident Harry S. Truman den Kalten Krieg proklamiert und damit das Ende der Anti-Hitler-Koalition eingeleitet. Der Marshall-Plan und die sowjetische Absage an ihn vertieften die Spaltung Euro-

pas in zwei sich gegenüberstehende Blöcke. Die Nachkriegsoffensive der Linkskräfte kam in Westeuropa endgültig zum Stehen, die KommunistInnen wurden aus den Regierungen hinausgedrängt. Die beiden großen kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs mussten bereits im Mai 1947 aus den Regierungen ausscheiden, bis zum Sommer 1948 endete in allen Staaten Westeuropas – mit Ausnahme von San Marino – die Regierungsverantwortung kommunistischer Parteien.⁷ Die KPD schied 1947/48 aus den Landesregierungen der westlichen Besatzungszonen aus.⁸ Der KPÖ wird in diesen Monaten klar geworden sein, dass die Potenziale der Anti-Hitler-Koalition auch im nationalen Rahmen erschöpft und Hoffnungen auf ihr Fortdauern unberechtigt waren. Mit dem Ende der Anti-Hitler-Koalition war die „sowjetische Europa-Strategie der Kooperation mit den Westmächten [...] praktisch gescheitert“, ⁹ wie der Historiker Wilfried Loth resümiert. Im Osten und Südosten Europas wurde die volksdemokratische Entwicklung beschleunigt, der sowjetische Einflussbereich wurde zu einem Block verfestigt. Im Oktober 1947 folgten die Gründung des Kommunistischen Informationsbüros und die Proklamation der „Zwei-Lager-Theorie“ als „Gegendoktrin“ zur Truman-Doktrin.

Die Überlegungen der KPÖ, die im Dezember 1945 dafür ausschlaggebend waren, Karl Altmann als Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung in die Konzentrationsregierung zu entsenden, stimmten in diesen Monaten kaum noch mit den Realitäten überein. Der kommunistische Minister blieb von allen zentralen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, die erwarteten Informations- und Kontrollmöglichkeiten waren weitgehend unbedeutend. Um nicht die im Ministerrat notwendige Einstimmigkeit zu verhindern, passierten zahlreiche Gesetze nur noch in Anwendung der „Formula Krauland“ den Ministerrat. Dieser lag der Vorschlag des ÖVP-Ministers Peter Krauland zugrunde, im Ministerrat umstrittene Gesetzesentwürfe als Regierungsvorlage an das Parlament weiterzuleiten, wo die Parteien Abänderungsanträge einbringen konnten. In praktischer Hinsicht war dies jedoch für die KPÖ ohne Relevanz, da sie im Nationalrat kein Antragsrecht besaß und dort ohnedies eine Mehrheit von ÖVP und SPÖ garantiert war. Für Altmann war die „Formula Krauland“ gewissermaßen ein Schlupfloch, nicht in jeder Sitzung auf-

grund allfälliger Einwände gegen Gesetzesentwürfe vor die Entscheidung gestellt zu werden, sogleich aus der Regierung auszutreten.

„Großer Krach“ zum geeigneten Zeitpunkt

Für die KPÖ ging es in der zweiten Jahreshälfte 1947 letztlich nur noch darum, den geeigneten Zeitpunkt für einen Austritt zu finden bzw. sich nicht in einem ungünstigen Moment aus der Regierung drängen zu lassen. Dieses Bemühen geht auch aus den Berichten von Karl Altmann an das Politische Sekretariat der KPÖ hervor, entstanden doch in den Sitzungen des Ministerrats oft genug Situationen, in denen er zwar heftig gegen verschiedene Initiativen seiner Ministerkollegen Stellung bezog, sich aber davor hüten musste, seine ablehnende Haltung zum völligen Bruch zu steigern. Ein solches Beispiel ist etwa die Diskussion über den Abschluss eines Luftverkehrsabkommens mit den USA in der Sitzung des Ministerrats am 26. September 1947, in deren Rahmen Altmann mehrmals auf dessen Ablehnung insistierte, schließlich aber mittels Stimmenthaltung die Beschlussfassung nicht blockierte.¹⁰ „Ich habe bei dieser Situation überlegt, dass es sehr schwer den Massen verständlich zu machen sein werde, welche Bedeutung das Luftverkehrsabkommen habe“, berichtete Altmann der KPÖ-Führung über seine Motive, „keinen offenen, eklatanten Krach“ wegen dieses Abkommens zu machen. Es wäre in diesem Fall den beiden anderen Parteien wesentlich leichter gefallen, „den Massen einzureden, dass die Kommunisten aus blindwütigem Vorurteil gegen Amerika hier ein offenbar vorteilhaftes Abkommen mit Amerika verhindert und damit Österreichs Stellung in der Welt und Österreichs Souveränität geschädigt haben, als es uns gelingen würde, darzulegen, dass hier ein neuer Schritt der Auslieferung Österreichs an Amerika gemacht werden solle“.¹¹

Im selben Schreiben gab Altmann einen weiteren taktischen Hinweis, unter welchen Bedingungen ihm ein mit den Worten „großer Krach“ umschriebener Austritt aus der Regierung zielführend erschien: Ein solcher dürfe nicht dann erfolgen, wenn es um Maßnahmen der Regierung gegen die Sowjetunion gehe, was er am Beispiel einer vom ÖVP-Außenminister Karl Gruber vorgelegten Protestnote betreffend die Erdölversorgung Österreichs¹² festmachte: „Wir müssen uns davon nur distanzieren und dann einen Weg hiefür auch in die

Öffentlichkeit suchen. Aber der große Krach müsste bei einem anderen Anlass eintreten.“¹³ Altmann sah sich in diesem Schreiben auch deshalb zu weitreichenden Überlegungen veranlasst, weil am Wochenende vor der Ministerratssitzung eine Sitzung des Zentralkomitees der KPÖ stattgefunden hatte, in der Willy Scholz die Regierungsbeteiligung erneut als Hemmnis „in der vollen Entfaltung der Massenaktivierung“ kritisiert hatte. Angesichts der Missstimmung gegen die Regierung Figl-Schärf sei zu überlegen, „ob wir auch nur den geringsten Teil der Regierungsverantwortung auf uns nehmen sollen“, so der Chefredakteur der *Wahrheit*. Im Zeichen der innenpolitischen Zuspitzungen kündigte Johann Koplenig, der Vorsitzende der KPÖ, in dieser Sitzung ein offensiveres Auftreten von Altmann in der Öffentlichkeit an. Er solle in der Regierung nicht nur als Ressortminister agieren, also nicht nur in Fragen der Elektrizitätswirtschaft, sondern „in allen Fragen“ nach außen sichtbar als Vertreter der KPÖ agieren. Zuvor hatte Scholz Altmann dafür kritisiert, dass er „viel zu sehr Fachminister“ sei: „Wenn er schon Fachminister ist, so sollte er Fachminister der Opposition sein.“ Koplenig stellte bei dieser Gelegenheit erstmals in den Raum, dass die bevorstehende Währungsreform womöglich die entscheidende Bruchlinie sein werde.¹⁴

Währungsreform

Seit dem Frühjahr 1947 standen im Ministerrat der Lohn-Preis-Mechanismus und Währungsfragen zur Diskussion, ohne dass eine klare Währungsreform in Angriff genommen worden wäre. Im Herbst 1947 wurde diese vor allem deshalb aktuell, weil im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan strenge Preiskontrollen verlangt wurden und der Geldüberhang beseitigt werden sollte. Das im November 1947 vom Nationalrat beschlossene Währungsschutzgesetz wurde zur notwendigen Bedingung für die Umsetzung der Kongresshilfe der Amerikaner. Die KPÖ wandte sich nicht grundsätzlich gegen eine Währungsreform. In ihren Augen war es die Hauptfrage, „auf wessen Kosten die österreichische Währung saniert werden soll“. Die kleinen SparerInnen sollten geschützt und die Kriegs- und Nachkriegsgewinne durch eine Vermögensabgabe und Vermögenszuwachssteuer abgeschöpft werden. Abgelehnt wurde eine „Sanierung der Banken auf Kosten der breiten Massen – und über den Weg der Banken – die Unterordnung der öster-



Ernst Fischer als Redner bei der Kundgebung der KPÖ in der Engelmann-Arena in Wien-Hernals am 24. Juni 1947

reichischen Wirtschaft unter die Kontrolle des ausländischen Finanzkapitals“.¹⁵ Vielmehr sollte die Währungsreform „auf Kosten der Kriegsgewinner und Spekulanten, der Schleichhändler und Schieber“ durchgeführt werden.¹⁶

Die KPÖ konkretisierte ihre Vorschläge für eine sozial gerechte Währungsreform ab Juni 1947, zunächst in Gestalt einer Resolution an den 6. Arbeiterkammertag am 27./28. Juni in Innsbruck, und schließlich als Resolution an den 7. Arbeiterkammertag am 16./17. Oktober 1947 in Linz.¹⁷ Einer der Hauptpunkte des kommunistischen Programms bestand darin, dass alle Teil- und Zwischenlösungen abgelehnt wurden und die Währungsreform als „Bestandteil eines allumfassenden Wirtschaftsplanes“¹⁸ begriffen wurde. Als eine solche unzureichende Zwischenlösung wurde vor allem das Anfang August 1947 verabschiedete 1. Lohn- und Preis-Abkommen gewertet, dem Karl Altman am 29. Juli im Ministerrat nur unter Rückgriff auf die „Formula Krauland“ zugestimmt hatte.¹⁹ Mit diesem zwischen Regierung, Bundeswirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Gewerkschaft ausgehandelten Abkommen wurden die Preise für Grundnahrungsmittel angehoben und auch die Löhne und Gehälter erhöht. Erklärter Zweck des Abkommens war, „die Löhne zu regulieren, während die Preise weiter steigen durften“.²⁰ Die KPÖ verweigerte im Bundesvorstand des ÖGB ihre Zustimmung mit dem Argument, dass Preiserhöhungen nicht zugestimmt werden könne, solange nicht eine Angleichung der Löhne an die gestiegenen Preise durchgeführt sei.²¹ Das Abkommen wurde von der KPÖ auch im Parlament mit Hinweis darauf abgelehnt, dass eine Reallohnminderung und „eine immense Steigerung der Preise“ zugleich erfolgen, während eine Vermögensabgabe nach wie vor fehle. Kritisiert wurde außerdem, dass dem Nationalrat „Verein-

barungen außerparlamentarischer Körperschaften“ vorgelegt werden würden,²² worin sich bereits die spätere Sozialpartnerschaft mit ihrer „kompromißhafte(n) Orientierung von Arbeit und Kapital“²³ abzeichnete.

Für die KPÖ bestand Sinn und Zweck der von ÖVP und SPÖ angestrebten Währungsreform „in der Sanierung der Banken auf Kosten der Werktätigen“, in der „Übergabe der Kontrolle über die gesamte österreichische Wirtschaft an die Banken, die dann weiter auf dem Wege der ‚Anleihepolitik‘ dem amerikanischen Kapital ausgeliefert werden sollen“.²⁴ Im Parlament kritisierte der kommunistische Abgeordnete Franz Honner das „Währungsschandgesetz“²⁵ als „den unerhörtesten Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung“.²⁶ Tatsächlich entwertete der letztlich beschlossene Umtausch der Währung im Verhältnis eins zu drei vor allem die Konten der kleinen SparerInnen, die zwei Drittel ihres Geldes verloren, während das in Sachwerten, Devisen und Investitionen veranlagte Vermögen der UnternehmerInnen unangetastet blieb. Sperrkonten – also jene, die bereits vor 1945 existierten und mit dem Schillinggesetz des Jahres 1945 gesperrt worden waren – wurden gestrichen, womit sieben Milliarden Schilling den Banken zufließen und zu ihrer Sanierung dienten. „Als Gewinner standen Industrie und Sachwertbesitzer fest, Verlierer blieben kleine Sparer und Geldwertbesitzer“, schätzt Hannes Hofbauer diesen wesentlichen Schritt „zur Restauration der kapitalistischen Spielregeln“ ein.²⁷

Demgegenüber hatte die KPÖ einen Notenumtausch im Verhältnis 1:1 gefordert, wobei alle Gelder auf ein Konto einbezahlt werden sollten. Jeder und jede sollte zur Deckung der Lebenshaltungskosten einen Mindestbetrag von 350 Schilling ausbezahlt bekommen und jedes Unternehmen eine fixe Monats-

lohnsomme und einen Betrag für weitere Ausgaben erhalten. Alle Einlagen über 15.000 Schilling sollten jedoch einer genauen Überprüfung unterzogen werden, „ob sie nicht Kriegs-, Nachkriegs-, Schleichhandels- oder Spekulationsgewinne sind“. Jährlich sollte von den gesperrten Konten ein limitierter Gesamtbetrag von 500 Millionen Schilling freigegeben werden, wobei kleine Einlagen bevorzugt werden sollten. Die Besitzer von Realitäten und Sachwerten sollten eine einmalige Vermögensabgabe in der Höhe von fünf Milliarden Schilling bezahlen. Hausrat und Objekte des persönlichen Bedarfs waren davon ausgenommen. Gefordert wurden überdies die Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens, der Großbanken und Versicherungsgesellschaften, sowie die Umwandlung der Nationalbank in eine Staatsbank.²⁸

Geheimverhandlungen und Päckelei

Das am 19. November 1947 beschlossene Währungsschutzgesetz war – unter Ausschluss der KPÖ – in „Geheimverhandlungen zwischen verantwortlichen Politikern der beiden anderen Parteien und Vertretern der Großbanken“ ausverhandelt worden. Selbst Karl Altman lagen als Mitglied des Ministerrats keine genauen Informationen über den Inhalt dieser Gespräche vor, der Gesetzesentwurf wurde ihm erst am Abend vor der Ministerratssitzung – also am 17. November 1947 – unterbreitet.²⁹ Von der KPÖ wurde enthüllt, dass auch der Parteivorstand der SPÖ nicht informiert gewesen sei, sondern das Gesetz von führenden Politikern von SPÖ und ÖVP „gemeinsam mit einigen Bankdirektoren ausgepackelt“ worden sei.³⁰

Die Machtlosigkeit der KPÖ wurde auch dadurch deutlich, dass SPÖ-Minister Andreas Korp in einer Aussprache mit dem KPÖ-Wirtschaftsfachmann



Bundesminister Karl Altmann beim Jugendtag der FÖJ am 4. Oktober 1947 in Wien, dahinter die KPÖ-Nationalratsabgeordneten Ernst Fischer und Franz Honner.

Ludwig Soswinski Dreiparteienverhandlungen in Aussicht gestellt hatte, wobei er – als Druckmittel gegenüber der ÖVP – die KPÖ dazu bewegen wollte, mit einem ähnlichen Vorschlag wie die SPÖ aufzutreten. Korp versicherte bei dieser Gelegenheit, dass er am bevorstehenden Arbeiterkammertag in Linz so sprechen wolle, „daß die Brücke zu unserer Auffassung geschlagen werde und auch wir das Gefühl hätten, daß eine Tür offen sei“, was Soswinski deshalb als ehrlich motiviert erschien, da es der SPÖ darum ging, die Partei „vor Angriffen der Arbeiter gegen ihre kapitalistische Politik zu schützen“. ³¹ Tatsächlich wurden am Arbeiterkammertag in Linz am 16./17. Oktober 1947 die kommunistischen Vorschläge nicht abgelehnt, sondern es wurde eine Kommission zur Beratung aller Vorschläge eingesetzt, der auch die Kommunisten Otto Horn und Ludwig Soswinski angehörten. Die SPÖ verlangte in dieser Kommission den Schillingumtausch im Verhältnis 2:1 und nicht wie später beschlossen im Verhältnis 3:1. ³² Parallel dazu fanden jedoch die angesprochenen Geheimverhandlungen statt, was die Gespräche der SPÖ mit der KPÖ als Manöver enttarnte, dessen

Sache war. ³³ Als Altmann am 17. November vom Währungsschutzgesetz Kenntnis erlangte, wurde im Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats lapidar vermerkt, dass er im Ministerrat gegen das Gesetz stimmen solle. Die Konsequenzen daraus wurden – weil ohnehin naheliegend – nicht direkt angesprochen. ³⁴ Tags darauf wurden die Rücktrittserklärung von Karl Altmann und die Rede von Franz Honner im Nationalrat besprochen. ³⁵

Diskussion im Ministerrat und Nationalrat

Als das Währungsschutzgesetz in der 88. Sitzung des Ministerrats am 18. November 1947 zur Beschlussfassung stand, wurde deutlich, dass der Austritt von Altmann aus der Regierung unter geradezu unwürdigen Bedingungen vonstatten gehen werde: Wie aus einem KPÖ-internen Papier hervorgeht, erfuhr Altmann einen Tag vor dem Ministerrat aus Presseberichten über Teilergebnisse der Geheimverhandlungen, die wiederum auf Meldungen eines ausländischen Radiosenders beruhten. Über eine „private Verbindung“ wurde ihm um zehn Uhr nachts ein Exemplar des Gesetzes-

entwurfes zugespielt, andernfalls wäre er in der Ministerratsitzung erstmals mit dem Papier konfrontiert gewesen. ³⁶

Nach dem Ministerratsvortrag von Finanzminister Georg Zimmermann (ÖVP) ergriff Altmann als erster das Wort und kritisierte, dass er das Gesetz nur in den Nachtstunden studieren und keine Sachverständigen habe beziehen können, weshalb er aufgrund „aller schwerster Bedenken gegen diesen Entwurf“ dafür eintrete, die Beschlussfassung zurückzustellen. Leopold Figl und Vizekanzler Adolf Schärf versuchten Altmann dazu zu bewegen, das Gesetz unter Anwendung der „Formula Krauland“ passieren zu lassen, Altmann beharrte aber auf der Zurückstellung bis zur nächsten Sitzung „unter Wahrung der Vertraulichkeit des Ministerrats“, womit er darauf anspielte, dass ein frühzeitiges Bekanntwerden aller im Währungsschutzgesetz vorgesehenen Maßnahmen gewiss zu einer großen Unruhe in der Bevölkerung und zu einem Ansturm auf die Banken vor Inkrafttreten des Gesetzes geführt hätte. „Wenn es nicht zu einer Vertagung kommt, so muß ich erklären, daß ich mein Einverständnis nicht geben kann, zumal die Folgen, die sich zwangsläufig ergeben, nicht abzusehen sind“, so der kommunistische Minister, worauf angesichts der inhaltlichen Tragweite dieser Worte die Ministerratsitzung für zehn Minuten unterbrochen wurde. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung forderte Kanzler Figl erneut die Zustimmung Altmanns ein, die dieser jedoch verweigerte. Darauf hielt Figl fest, dass der Finanzminister das Gesetz gegen die Stimme von Altmann im Nationalrat einbringen werde. In seiner daran anschließenden Erklärung wies Altmann darauf hin, dass es zwar keine schriftliche Geschäftsordnung des Ministerrats gebe, die Einstimmigkeit aber eine politische Tradition sei. Das Abgehen von dieser sei „eine sehr entscheidende und wichtige Frage“, deren Konsequenzen sich nun zeigen würden. ³⁷

Einen Tag später, in der Abendsitzung des Nationalrats am 19. November 1947, trat die KPÖ in Konsequenz ihrer Kritik an der Währungspolitik aus der Regierung aus. ³⁸ Das unwürdige Schauspiel fand nun insofern seine Prolongierung, als Altmann sich gleich zu Beginn der Debatte zu Wort meldete, um im Parlament seinen Rücktritt mit der Kritik seiner Partei an der Währungsreform zu begründen. Als Ressortminister war er aber nur dazu berechtigt, über Angelegenheiten der Energiewirtschaft zu sprechen,

weshalb er vom Nationalratspräsidenten Leopold Kunschak (ÖVP) drei Mal ermahnt wurde. Nach mehreren Zwischenrufen verließen die Abgeordneten der ÖVP den Saal, gleich danach wurde Altmann von Kunschak das Wort entzogen, ohne dass er seinen Rücktritt hatte ankündigen können.³⁹ Franz Honner präsentierte in einer längeren Rede die Gegenvorschläge der KPÖ.⁴⁰ Die beabsichtigte Erklärung von Altmann wurde im weiteren Verlauf der Debatte von Ernst Fischer zu Ende gelesen, wobei die Ankündigung seines Rücktritts von den Abgeordneten der ÖVP mit Beifall quittiert wurde. Neben den Geheimverhandlungen unter Ausschluss der KPÖ wurde in dieser Erklärung auch die Tatsache kritisiert, dass „großkapitalistische Kreise des In- und Auslandes“ sehr wohl Kenntnis erlangt hätten von den Verhandlungen der ÖVP- und SPÖ-Politiker mit „Vertretern der Großbanken“ über die Währungsreform und so ihre Vorkehrungen treffen konnten. Hinter dem Gesetzesentwurf stehe „der Befehl des amerikanischen Kapitals“, setzte Fischer seine Parlamentsrede fort.⁴¹ „Einer Regierung [...], die fremden Interessen dient, will ich nicht länger angehören“, wurde Karl Altmanns Rücktrittserklärung zitiert.⁴²

Weder Regierungskrise noch Neuwahlen

Mit dem Rücktritt von Karl Altmann schied die KPÖ nach knapp zwei Jahren im Spannungsfeld von Regierung und Opposition aus der Regierung aus. Die im April 1945 begonnene demokratische Zusammenarbeit der drei Gründerparteien der Zweiten Republik, die in der zweiten Jahreshälfte 1947 kaum noch erkennbar gewesen war, fand damit auch formal ein Ende. Die Konzentrationsregierung wurde zur „Großen Koalition“, die sie de facto von Anfang an gewesen war. Die Erleichterung von ÖVP und SPÖ über diese Veränderungen lässt sich am Protokoll der darauffolgenden Sitzung des Ministerrats am 25. November 1947 ablesen: „Im letzten Ministerrat erklärten 16 Mitglieder, wir bleiben hart und stark und lassen uns nicht von einem Mann terrorisieren“, so Kanzler Figl die Vorgänge resümierend: „Im Ministerrat selbst hat Minister Dr. Altmann aus seinem Verhalten nicht die Folgen gezogen, sondern erst unter dramatischen Umständen im Parlament. Wir haben damit der Welt gezeigt, daß wir nicht gewillt sind, nach Methoden des Ostens uns terrorisieren zu lassen.“ Wie Figl die Rolle von

Altmann im Ministerrat einschätzte, geht aus seinen Begrüßungsworten an dessen Nachfolger hervor: „Wir haben einen neuen Mitarbeiter bekommen und begrüßen ihn auf das herzlichste als *vollwertiges* Mitglied und nicht als *Gast* der Regierung“, so Figl zum neuen Energieminister Alfred Migsch (SPÖ).⁴³

Über eine konkrete Abstimmung des Austritts der KPÖ aus der Regierung mit der sowjetischen Besatzungsmacht liegen keine Quellen vor. Fest steht, dass die sowjetischen Stellen nichts unternehmen haben, um die innenpolitische Situation zu verschärfen und den Rückzug des kommunistischen Ministers von „außen“ zu einer Regierungskrise zu steigern. Nach bilateralen Verhandlungen der Sowjetunion mit der österreichischen Regierung, die Anfang Dezember 1947 zum Abschluss kamen, wurde deutlich, dass die KPÖ in der Frage der Währungsreform von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten hatte: Um die Zustimmung zum Währungsschutzgesetz zu erhalten, wurden die sowjetischen Guthaben in Österreich, die aus einer befristeten Kredithilfe in der Höhe von 400 Millionen Reichsmark und einer Anleihe in der Höhe von 200 Millionen Reichsmark aus dem Mai bzw. Juni 1945 resultierten,⁴⁴ statt im Verhältnis 3:1 im Verhältnis 1,75:1 umgetauscht. Zuvor hatte sich die Regierung überhaupt geweigert, die Rechtmäßigkeit der sowjetischen Forderung nach 600 Millionen Schilling – also nach einer Rückzahlung der Reichsmark-Schulden im Verhältnis 1:1 – anzuerkennen. Durch die am 2. Dezember 1947 erzielte Regelung waren die Sowjets „nicht Leidtragende, sondern Nutznießer der Währungsreform geworden“.⁴⁵ In amerikanischen Einschätzungen wurde festgestellt, dass durch die sowjetische Zustimmung zur Währungsreform das „prestige of Communists in Austria“ gesunken sei.⁴⁶ Während sonst zumeist die Unterstützung der Sowjetunion für ihre „österreichischen Freunde“ hervorgehoben wurde, berichtete der US-Gesandte nun an das Außenministerium: „Soviet readiness to leave in lurch Austrian Communists who have bitterly opposed law provides another example of cynical treatment of their foreign followers.“⁴⁷ Auch beim Austritt der Partei aus der Regierung blieben die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion vorrangig gegenüber einem allfälligen politischen Druck im Sinne der KPÖ.

Insgesamt zeitigte das Ausscheiden der KPÖ aus der Figl-Regierung letztlich nicht die von der Partei zu Beginn ihrer

Neuwahlkampagne erhofften Effekte. Die KPÖ hatte die Option eines Regierungsaustritts stets mit der Perspektive von Neuwahlen zur Stärkung ihres Stimmenanteils und Einflusses verbunden. Der notwendige Druck von außen sollte auf dem Wege einer sozialen und politischen Massenbewegung erfolgen, der durch die Demission des kommunistischen Ministers ein weiterer Aufwind verliehen werden sollte. Diese letzte Trumpfkarte sollte erst zu einem möglichst günstigen Zeitpunkt ausgespielt werden. Über die inhaltliche Kritik an der Währungsreform hinaus, die eine weitere Teilnahme an der Regierung verunmöglichte, stand also fest, dass dem Austritt aus der Regierung auch eine taktische Komponente innewohnen werde.

Tatsächlich löste dieser Schritt im November 1947 weder eine Regierungskrise aus, noch standen Neuwahlen zur Diskussion, was als Ausdruck der politischen Schwäche der KPÖ gewertet werden kann. Der Partei muss auch bereits nach wenigen Tagen klar geworden sein, dass sie von der gewiss vorhandenen Unzufriedenheit der österreichischen Bevölkerung mit der Währungsreform kaum profitieren werden könne. Eine zunächst geplante Demonstration gegen das Währungsschutzgesetz wurde von der KPÖ-Führung wieder abgesagt, wohl deshalb, weil keine „breitere Massenbewegung“ gegen das Gesetz in Sicht war. Die Parteilinie müsse deshalb „auf kleine Versammlungen und die Erfassung möglichst breiter Schichten konzentriert sein“,⁴⁸ wie von der Parteiführung festgehalten wurde. Anfang Dezember 1947 wurde zudem das bereits beschlossene Volksbegehren gegen die Währungsreform wieder abgeblasen.⁴⁹ Nicht ohne Berechtigung wurde im Monatsbericht der Wiener Polizeidirektion vom Jänner 1948 hervorgehoben, dass der „Streit über das Währungsschutzgesetz [...] fast völlig beendet“ sei.⁵⁰

Anmerkungen:

1/ Mugrauer, Manfred: „Nur eine schwache Verantwortung...“. Die KPÖ in den Regierungsverhandlungen im Dezember 1945, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 22. Jg. (2015), Nr. 4, S. 8–14.

2/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 2. ZK-Plenums der KPÖ am 15.10.1946.

3/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 3. ZK-Plenums der KPÖ am 17.1.1947, Beilage 1: Referat von Friedl Fürtner: Die politische Lage, S. 33f.

4/ Mugrauer, Manfred: „Kindische Mätzchen von Saboteuren“. Die erste politische Massenkundgebung der Zweiten Republik am 5. Mai

- 1947, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 2, S. 11–14.
- 5/ Mugrauer, Manfred: „Reaktionäre aus der Regierung hinauswerfen“. Die „Figl-Fischerei“ im Mai/Juni 1947, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 25. Jg. (2018), Nr. 2, S. 1–8.
- 6/ Mugrauer, Manfred: Österreich als „Brückenkopf des Westens“. Die KPÖ und der Marshall-Plan, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 26. Jg. (2019), Nr. 2, S. 7–14.
- 7/ Kaeselitz, Hella: Die Nachkriegspolitik der kommunistischen Parteien entwickelter kapitalistischer Länder Europas, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 22. Jg. (1980), Nr. 5, S. 643–656, hier S. 654.
- 8/ Fülberth, Georg: KPD und DKP 1945–1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung. Heilbronn: Distel Verlag 1990, S. 31.
- 9/ Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2000 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts), S. 184.
- 10/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik der Republik Österreich. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 7: 9. September 1947 bis 18. November 1947. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2016, S. 93–95.
- 11/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 7.10.1947, S. 15.
- 12/ Vgl. Protokolle des Ministerrates, Bd. 7, S. 98–100.
- 13/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 7.10.1947, S. 20.
- 14/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 5. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.9.1947, Beilage 23: Willy Scholz, S. 2, Beilage 30: Schlusswort von Johann Koplenig, S. 4.
- 15/ Koplenig, Johann: Gegen koloniale Versklavung! Durch Arbeitereinheit zum Sozialismus! Referat vor dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs am 24. September 1947. Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 6), S. 14f.
- 16/ Stenographisches Protokoll. 64. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.11.1947, S. 1704f. (Karl Altmann).
- 17/ Kommunisten fordern Neuregelung der Löhne. Lohn-Preis-Debatte auf dem Arbeiterkammertag, in: *Österreichische Volksstimme*, 17.10.1947, S. 1; Die Vorschläge der Kommunisten zur Lösung des Währungsproblems, in: *die arbeit*, 1. Jg. (1947), Nr. 10, S. 3–4.
- 18/ ZPA der KPÖ, Otto Horn: Zur Währungsreform, o.D. [Oktober 1947], S. 3.
- 19/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 6: 13. Mai 1947 bis 2. September 1947. Wien: Verlag Österreich 2011, S. 426–437, hier S. 430, 431, 433, 435 und 437.
- 20/ Weber, Fritz: Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1986 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 25), S. 115.
- 21/ Vgl. ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 2.7.1947, S. 1.
- 22/ Honner, Franz: Gegen Preis-Chaos und Hungerlöhne. Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 4), S. 3f., 6 und 14.
- 23/ Pelinka, Anton: Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur, in: Bischof, Günter/Stiefel, Dieter (Hg.): „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien: Ueberreuter 1999, S. 249–260, hier S. 258.
- 24/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 20.10.1947, S. 7; Fümberg, Friedl: Klare Fronten, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg. (1947), Nr. 12, S. 817–826, hier S. 818f.
- 25/ Im Kampf gegen die Volksausplünderung, in: *Österreichische Volksstimme*, 6.12.1947, S. 1–2, hier S. 1.
- 26/ Stenographisches Protokoll. 64. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.11.1947, S. 1707–1713, hier S. 1708.
- 27/ Hofbauer, Hannes: Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1992 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 54), S. 164.
- 28/ Horn, Otto: Das Preis- und Lohnproblem, in: *die arbeit*, 1. Jg. (1947), Nr. 7, S. 1–7; ZPA der KPÖ, Otto Horn: Zur Währungsreform, o.D. [Oktober 1947], S. 1, 3 und 8; Vorschlag der kommunistischen Mitglieder der Kommission des Arbeiterkammertages und Gewerkschaftsbundes zur Frage der Währungsreform, o.D. [Oktober 1947], S. 1–3; Vorschlag der Kommunisten zur Lösung des Währungsproblems, 1.11.1947, S. 1f.
- 29/ Die Erklärung Dr. Karl Altmanns über seinen Rücktritt aus der Regierung (in der Sitzung des Nationalrates vom 19. November 1947), in: Altmann, Karl/Honner, Franz/Fischer, Ernst: Gegen den Raubzug auf die Taschen des Volkes. Wie steht die Kommunistische Partei Österreichs zum Schilling-Umtausch und warum ist sie aus der Regierung ausgetreten? Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 8), S. 3–7, hier S. 5.
- 30/ Für und Gegen. Argumente für die tägliche Diskussion, hg. von der Zentralstelle für Volksbildung (KPÖ), Nr. 2, Anfang Dezember 1947: Das „Währungsschutzgesetz“, S. 2.
- 31/ ZPA der KPÖ, Gedächtnisprotokoll von Ludwig Soswinski über die Aussprache mit Andreas Korp am 10.10.1947, S. 4f.
- 32/ ZPA der KPÖ, Papier über Währungsfragen, o.D. [November 1947], S. 1f.
- 33/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 10.11.1947, S. 1f.
- 34/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 17.11.1947, S. 1.
- 35/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 18.11.1947, S. 1.
- 36/ Vgl. ZPA der KPÖ, Papier über Währungsfragen, o.D. [November 1947], S. 2; Stenographisches Protokoll. 64. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.11.1947, S. 1721.
- 37/ Protokolle des Ministerrates, Bd. 7, S. 377–383.
- 38/ Die Kommunisten aus der Regierung ausgetreten, in: *Österreichische Volksstimme*, 20.11.1947, S. 1.
- 39/ Stenographisches Protokoll. 64. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.11.1947, S. 1704–1705.
- 40/ Ebd., S. 1707–1713.
- 41/ Ebd., S. 1721f.
- 42/ Die Erklärung Dr. Karl Altmanns über seinen Rücktritt aus der Regierung (in der Sitzung des Nationalrates vom 19. November 1947), in: Altmann/Honner/Fischer: Gegen den Raubzug auf die Taschen des Volkes, S. 3–7, hier S. 7.
- 43/ Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik der Republik Österreich. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 8: 25. November 1947 bis 20. Jänner 1948. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2017, S. 3f. (Hervorhebung M.M.).
- 44/ Seidel, Hans: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien: Manz 2005, S. 149–156, hier S. 149f.
- 45/ Rauchensteiner, Manfred: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien: Edition Steinbauer 2005, S. 127.
- 46/ The Secretary of State [George Marshall] to the Acting Secretary of State, 5.12.1947, in: Foreign Relations of the United States 1947, Volume II: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria. Washington D.C.: United States Government Printing Office 1972 (Department of State Publication, Vol. 8530), S. 1214–1215, hier S. 1215
- 47/ The Minister in Austria (John Erhardt) to the Secretary of State, Telegram, 4.12.1947, in: ebd., S. 1213–1214, hier S. 1213.
- 48/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 22.11.1947, S. 1.
- 49/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 25.11.1947, S. 1; Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 9.12.1947, S. 1.
- 50/ Bundespolizeidirektion Wien, Monatsbericht für Jänner 1948, in: Schembor, Friedrich Wilhelm: Polizeiliche Situationsberichte für die Jahre 1947 und 1948, in: Studien zur Wiener Geschichte. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, Bd. 61. Wien 2005, S. 153–292, hier S. 212–217 (S. 212).